

"Land grabbing"

Neuigkeiten vom internationalen Kapitalismus

Staaten kaufen Territorium anderer Staaten für den Anbau 'strategischer Agrargüter' - ganz ohne Einladung der etablierten Weltwirtschaftsmächte!

An der Tatsache, dass politische Gewalten und die von ihnen beauftragten Geschäftstreibenden sich fremdes 'Land greifen', ist überhaupt nichts neu. Der Zugriff auf natürliche Reichtümer in jeder Weltgegend ist eine Selbstverständlichkeit. Zur Erschließung und Ausbeutung der Bodenschätze gehören Bodenrechte, die man beansprucht. Der Anbau von Feldfrüchten in naturbegünstigten Regionen ist ein Kennzeichen der modernen Agrikultur, die von den nord-amerikanischen und europäischen Multis ausgeht. Der Betrieb der Plantagen erfordert die Verfügung über ausgedehnte Ländereien und reichlich Wasser, über Straßen und Häfen. Der Transport der flüssigen und gasförmigen Energie-Rohstoffe in die Zentren des Kapitalismus, der sie nutzt und vermarktet, unterhält ein weltweites System von Röhren, wofür ganze Staaten als Transit-Gelände definiert und behandelt werden. Für all diese grenzüberschreitenden polit-ökonomischen Bedürfnisse findet also unentwegt "*Land grabbing*" statt. Und dass *Geld* gezahlt wird, wenn Land unter fremder Hoheit in Beschlag genommen wird, ist ebenfalls die Regel - und der Ausweis, dass der 'Deal' in Ordnung geht. Außerdem zeigt der aktuelle "Kampf um die Arktis" und um rohstoffträchtige herrenlose Meeresböden, dass auch die Bestrebungen der politischen Annexion von Territorium keineswegs aussterben, sondern nach wie vor dazu gehören - zu den nationalen Rechten, welche die Staaten beanspruchen und sich wechselseitig bestreiten.

Wenn professionelle Beobachter der globalen Geschäftspraktiken zurzeit das "Landgreifen" einiger - bislang in dieser Hinsicht weniger auffällig gewordener - politischer Akteure *kritisch* bewerten und sich an die "längst überwundene Epoche des Kolonialismus" erinnern fühlen, dann ist das, sachlich betrachtet, also ein Treppwitz. Andererseits aber auch ein Index dafür, dass unsere freie Weltwirtschaftsordnung nicht jedem alles erlaubt.

Was ist das Neue an der "neuen Landnahme"?

1. "Politische Landnahme" im Ruch des "Neokolonialismus": Nationen erschließen sich auswärtige Produktionsflächen für landwirtschaftliche Basisprodukte

In den Jahren 2007/2008 gab es eine "Hungerkrise", die auch als "Tortillakrise" durch die Presse-Welt ging. In Lateinamerika und anderswo trieb sie Massen auf die Straße; sie konnten ihre traditionellen Grundnahrungsmittel nicht mehr bezahlen. Seither häufen sich die Meldungen aus allen Teilen der Welt, dass immer mehr **Staaten** dazu übergehen, sich *Territorium unter fremder Hoheit* zu verschaffen, um Anbauflächen für agrarische Rohstoffe zu gewinnen. Nicht durch militärische Eroberung, sondern auf die zivile marktwirtschaftliche Art: durch Geld. Länder wie China, Indien, Japan, Südkorea, die Türkei und die arabischen 'Ölstaaten' kaufen sich - teils riesige Mengen - fruchtbares Land in Afrika, Asien, Lateinamerika für bis zu hundert Jahre ein. Da erfährt der geneigte Leser ziemlich anrühige Dinge, und nicht we-

nigen Korrespondenten fallen dazu böse Titel wie "Neokolonialistische Landnahme" ein. Ein paar Beispiele, wörtlich oder sinngemäß zitiert:

- *Der Sudan, "die potenzielle Kornkammer Afrikas", verkauft "ganze Landstriche an arabische Staaten für Getreideproduktion, während Teile der Bevölkerung hungern und massenhaft Hirse importiert wird. Allein Südkorea hat dort Verträge für 690.000 Hektar unterzeichnet, die Vereinigten Arabischen Emirate für 400.000 Hektar und Ägypten hat sich einen ähnlichen Vertrag für den Anbau von Weizen gesichert. Insgesamt will die sudanesishe Regierung 20 % der Ackerfläche an arabische Länder verpachten."*
- *Äthiopien: "Anfang dieses Jahres hielt der König von Saudi-Arabien eine Zeremonie ab zur Entgegennahme einer Partie Reis; sie war Teil der ersten Ernte, die produziert werden sollte im Rahmen der so genannten 'König-Abdullah-Initiative' für saudische landwirtschaftliche Investitionstätigkeit im Ausland. Der Reis war in Äthiopien gepflanzt worden, wo eine Gruppe saudischer Investoren 100 Millionen US-Dollar einsetzt, um Weizen, Gerste und Reis anzubauen. Die Investoren sind in den ersten Jahren von Steuern befreit und dürfen die gesamte Ernte zurück nach Hause exportieren. Unterdessen gibt das Welternährungsprogramm 230.000 Tonnen Lebensmittelhilfe an die 4,6 Millionen Äthiopier, die es für bedroht hält von Hunger und Mangelernährung."*
- *Laos verkauft 15 % seines Staatsgebiets für ausländische Agrarproduktionen.*
- *Südkorea fädelt für seinen Konzern Daewoo einen Landkauf mit der Regierung von Madagaskar ein. Demzufolge "steht die Hälfte der fruchtbaren Erde dieser Insel für die Produktion von Reis, Weizen und Palmöl zur Verfügung. Die Ernten sollen exportiert werden, wiewohl die Bevölkerung Madagaskars von Lebensmittelhilfsprogrammen der UNO abhängig ist. Nach dem Sturz des Insel-Präsidenten liegt der Plan auf Eis."*
- *Die VR China, die in mehreren Ländern große Flächen für Reis- und Weizenanbau akquiriert, erwirbt sich "das Recht, im Kongo auf 2,8 Mio. Hektar Land Ölpflanzen für Biosprit anzubauen, womit die größte Palmöl-Plantage der Welt entstünde. In Sambia ist ein ähnlich dimensioniertes Kraftstoffpflanzen-Projekt (mit 2 Mio. ha) geplant."*
- *Insgesamt sollen in den letzten zwei Jahren "20 bis 100 Millionen ha Land" nur in Afrika auf die Weise verkauft worden sein. Genaueres weiß man nicht, da die am Handel beteiligten Subjekte manchmal lieber "verdeckt" ein- und verkaufen.*

Usw. usf.

Die Käuferstaaten erwerben das exklusive Verfügungs-, also Nutzungsrecht über den Boden, der förmlich das politische Eigentum der jeweiligen Hoheit ist und bleibt. Nicht wegen des Zugangs zu profitlich verwertbaren Schätzen, die darunter liegen (Öl, Gas, Metalle); die Konkurrenzbemühungen um diesbezügliche Erschließungs- und Vermarktungs-Kontrakte laufen selbstverständlich auf Hochtouren weiter. Es geht vielmehr um den Boden selber, in seiner Eigenschaft als *Produktionsbedingung* für *landwirtschaftliche* Güter, speziell für Grundnah-

rungsmittel bzw. Tierfutter (Weizen, Reis, Sojabohnen ...) und pflanzliche Basisprodukte mit "dual use"-Qualität für die Erzeugung von alternativer Energie (Ölpalmen, Zuckerrohr, Raps, Jatropha-Nüsse ...). Für deren Anbau bringen die betreffenden Staaten die tauglichen bzw. eigens tauglich gemachten nationalen Firmen gleich mit, oder sie schicken sie vor, um die Sache im "politischen Hintergrund" mit den jeweiligen Regierungen (hoheits-)rechtlich zu arrangieren. Auf die Weise verschaffen sie, wieder durchaus systemkonform, den von ihnen ermächtigten Privateigentümern oder auch Staatsfonds neue Geschäftsgelegenheiten - einen Produktionsstandort und einen mehr oder weniger gesicherten Absatzmarkt gleich mit dazu, da die Heimat als feste Lieferadresse vorgesehen ist.

**2. Nationen sehen sich mit dem real existierenden Weltmarkt konfrontiert, der ihnen wichtige Leistungen verweigert:
Er bedient die elementaren Bedürfnisse der politischen Gewalten nach 'Nahrungsmittel- und Energiesicherheit' nicht**

Die Ausgangspunkte für den gegenwärtigen "Run auf Agrarland" sind bekannt: Da ist *erstens* die erwähnte "Hungersnot neuen Typs", von welcher nicht nur die üblichen Verdächtigen aus nationalökonomisch *unnützen* Bevölkerungsschichten betroffen sind. Auch für rentabel angewandte Lohnabhängige, also normale 'Einkommensbezieher', werden die traditionellen Grundnahrungsmittel unerschwinglich. [Verweis auf einen älteren Artikel "Alter Hunger - neuer Hunger"] Und zweitens sind es die Umwälzungen auf dem weltweiten Energiemarkt, also jene nationalen Berechnungen, welche den verschärften Kampf um Öl und Gas um die Jagd nach erneuerbaren Energieressourcen bereichern. Das vermehrte Setzen auf Biotreibstoff sorgt dafür, dass ein neuartiges Interesse an pflanzlichen Rohstoffen entsteht. Das gibt der *Landwirtschaft* - und damit dem *Land*, das sie benötigt - eine zweite, für die Wachstumsbedürfnisse der Staatsmacht elementare Bedeutung. Das Geschäft mit den Bioenergieträgern konkurriert ab sofort mit der landwirtschaftlichen Produktion zum Zweck der Lebensmittelvermarktung und wird prompt als eine Ursache für die "Nahrungsmittelkrise" registriert. Staaten, und zwar solche, die nicht zu den notorischen Elendsgebilden gehören, sondern zu den anspruchsvolleren Teilhabern am Weltmarkt, und die einen wesentlichen Teil der Lebensmittel aus dem Import beziehen, konstatieren eine gestörte Versorgung ihrer Völker: Der Zugang zu Reis, Mais und Weizen ist nicht gesichert bzw. nur zu extremen, jedenfalls extrem volatilen Preisen zu haben.

Der Grund für die prekäre Lage ist nicht schwer zu ermitteln. Er besteht im *Geschäft der maßgeblichen Weltmarkt-Akteure*, deren Kalkulationen über das produzierte Angebot, den Preis und die Verteilung der agrarischen Grundstoffe entscheiden. Sie sind es auch, die von der Verknappung ihres Angebots bei wachsender kaufkräftiger Nachfrage so schön profitieren, indem sie ihre Preise steigern:

- Westliche Agrar-Industrie-Multis, die oft die gesamte "Wertschöpfungskette" vom Pflanzenanbau über die industrielle Verarbeitung bis zur Vermarktung und Lieferung kontrollieren und den Weltmarkt besetzt haben. Sie schlachten das zahlungsfähige Ernährungsbedürfnis der Menschheit ungeachtet ihrer Nationalität aus und erledigen dabei den nationalen Bedarf ihres Heimatstandorts - im Prinzip erfolgreich - mit. Sie handeln nach dem Motto: *Gut ist, was den Gewinn maximiert*. Seit einigen Jahren ging das, wie die Öffentlichkeit verständnisvoll kolportierte, ungefähr so: Die 'neuen Mittelschichten' der asiatischen Boom-Nationen wollen besser essen. Je mehr Chinesen

und Inder Geld für Fleisch haben, desto teurer das Tierfutter; je mehr Getreide zur Fleischproduktion verwendet wird, desto knapper, also nachgefragter wird es als menschliches Grundnahrungsmittel - umso höher folglich die Rendite auf tierische und menschliche Futtermittel. *[Dieselbe „Marktlogik“ gilt angesichts von Naturkatastrophen - Überschwemmungen, Dürren und Feuersbrünsten -, welche insgesamt zunehmen und derzeit große Teile der Getreideernten vernichten. Agrarkapitalisten, sofern sie nicht selbst betroffen sind, machen aus der Not eine Tugend: Sie nehmen die so stattfindende Verknappung des Angebots als Gelegenheit wahr, Extragewinne einzufahren. Dann können Institutionen wie die Weltbank wieder „vor einer Ernährungskrise warnen“, „wie es sie 2008 gegeben hatte“ und die explodierenden Preise an den (Lebensmittel-) Rohstoffbörsen als schlechtes Omen registrieren. (SZ. 11.8.2010)]*

- Die Konzerne (oft sind es dieselben), welche dem wachsenden (inter-)nationalen Bedarf an *Bio*-Energiequellen weitere bzw. bessere Geschäftsgelegenheiten entnehmen. Wenn immer mehr Staaten das kapitalistische Wachstum durch mehr Unabhängigkeit vom Öl und Diversifizierung sichern wollen, dann bedienen sie dieses Bedürfnis, um an ihm zu verdienen. Die *Lebensmittelkrise*, die sie damit fördern, nutzen sie wiederum für Extraprofite auf dem Nahrungsmittelmarkt.
- Finanzinvestoren (Banken, Fonds aller Art), die aus eigenen wie fremden Schulden Kapital zu machen pflegen. Sie entdecken die vermehrt nachgefragten Agrarrohstoffe als - im Vergleich zu den gerade in den Sand gesetzten Wertpapierkreationen - "solides" Objekt für ihre Spekulation. Wenn sie "auf das Agrogeschäft und Mutter Erde wetten" (ZEIT) und dafür das ihnen billigst offerierte Geld des Staates nutzen bzw. Geld ihrer spekulationswilligen Privat-Kundschaft einwerben, dann machen sie die Preise noch höher und volatiler.

So wird neben der klassischen Energieressourcen-Front (Öl, Gas) auch die Lebensmittelressourcen-Abteilung zum Objekt staatlich-imperialistischer Sorge. Dabei ist nicht zu übersehen, dass die prekäre "Versorgungs-Lage" maßgeblich mitbestimmt ist durch die *politischen Akteure*, die als Urheber der neuen *Geschäftskonditionen* fungieren und sich als Betroffene zur Verteidigung ihrer nationalen Belange herausgefordert sehen:

- Da sind die Mächte, welche als Hauptverbraucher von wachstumstreibender Energie das Ende der (billigen) fossilen Energieträger absehen und eine Energie-Wende ausrufen. Sie sind es, die die Konkurrenz um die "knappen Ressourcen" anführen sowie - das gilt vor allem für die Weltmacht USA - durch ihre Kriege und Kriegsdrohungen den Zugriff auf die noch vorhandenen Öl- und Gasreserven vollends unsicher machen. Indem sie forciert nach alternativen Energiequellen streben und damit auch den Erwerb und die Umwidmung agrarischer Böden attraktiv machen, eröffnen sie einen Kampf um strategische Bio-Rohstoffe und das Terrain für deren Produktion.
- Und da sind die Staaten, die bis gestern als bewährte und zuverlässige Agrarexport-Staaten galten. Sie greifen zur Sicherung der *heimischen* Nahrungsmittelversorgung zu protektionistischen Maßnahmen, erschweren also die "Bedienung des Weltmarkts" von ihrem Boden aus. Von 25 Staaten ist die Rede, welche den Export von Basislebensmitteln beschränken, darunter große 'Weltmarkt-Lieferanten' wie Argentinien, Thailand, Ukraine und Indien.

Aus den dadurch hervorgerufenen Drangsalen ziehen die betroffenen *Agrarimport*-Staaten, welche über Ambitionen und (Finanz-)Mittel verfügen, einen praktischen Schluss: Die Nation hat eine für sie fundamentale Voraussetzung, nämlich den Zugriff auf elementare Mittel der Volksernährung, den Kalkulationen fremder Mächte überlassen; sie hat sich damit zu deren abhängiger Variable gemacht. Mit solch einer schädlichen Weltmarktabhängigkeit kann die Nation mit ihren Notwendigkeiten und Wachstums-Ansprüchen auf Dauer nicht leben. Dieser Zustand muss ein Ende haben.

Also sehen sich die Regierungen dieser Staaten gefordert. Denn sie sind zuständig für die Sicherung der Gebrauchswerte, welcher die Nation bedarf, und dafür, dass daraus einträgliche *Geschäfte* zu machen sind. Ihr *Misstrauen* in die Leistungen des Weltmarkts führt zu entsprechendem *Korrekturwillen*.

Vorrangig oder allein auf die Mobilisierung von heimischen Ressourcen zu setzen, auf die Erweiterung und Produktivitätssteigerung des Agrarsektors zu bauen, also ein nationales Selbstversorgerprogramm aufzulegen, gilt nicht als die Lösung des Problems, das sie diagnostizieren. Denn eine Gemeinsamkeit kennzeichnet die Land-grab-Staaten: Sie verfügen - aufgrund welcher natürlichen Bedingungen und politökonomischen Entscheidungen auch immer - nicht über hinreichende Voraussetzungen und Mittel, ihre Volksversorgung durch die Bewirtschaftung des eigenen Territoriums dauerhaft zu garantieren. Schon gar nicht besitzen sie - gegenwärtig und in absehbarer Zeit - ausreichende Potenzen für eine landwirtschaftliche Überschussproduktion auf heimischem Standort, durch welche ein umfangreiches Weltmarkt-Geschäft erschlossen werden und damit auch die wegen ihrer Naturabhängigkeit kapitalistisch eher prekäre Abteilung Agrikultur zu einer nationalen Reichtumsquelle avancieren könnte. Sie verfügen aber infolge ihrer zumindest partiell erfolgreichen "Integration in den Weltmarkt" über Geld und Kredit und damit über die system-adäquaten Mittel, um Agrar-Produktion - durch Erwerb und Nutzung auswärtiger Produktionsbedingungen - "outzusourcen". So nennen die Globalisierungs-Experten dieses agro-imperialistische Verfahren und tun damit kund, für wie normal sie solch eine Sorte nationalökonomischer Instrumentalisierung fremder Staaten samt Inventar grundsätzlich halten.

Beim *politischen Auftrag* an die exterritorialisierten Landwirtschafts-Abteilungen machen sich allerdings *Differenzen* geltend. Sie verdanken sich dem unterschiedlichen ökonomischen Potenzial und politischen Status der Nationen. Denn damit ist auch über die Reichweite der Ansprüche entschieden, die Machthaber für 'realistisch' halten.

- Da sind zum einen die Wüstenstaaten von Saudi-Arabien über Kuwait bis Libyen, die wegen ihres gefragten Unterbodenschatzes auch Ölstaaten heißen. Sie leiden unter landwirtschaftsfeindlichen Naturbedingungen, die auszugleichen angesichts zunehmender Wasserknappheit immer teurer wird. Ihr zentrales Anliegen lautet: Durch Auslagerung von Getreideproduktion soll und muss eine "nationale Nahrungsmittelreserve" gesichert werden.
- Und da sind zum anderen (ehemalige) Schwellenländer wie China, Südkorea, auch Indien. Sie leiden teils an zu engen Grenzen (d.h. zu wenig landwirtschaftlich nutzbarem Boden, wie Südkorea), aber vor allem (das gilt speziell für die 'Riesenreiche' China und Indien) unter ihren *Erfolgen* bei der Akkumulation des *industriellen Kapitals* auf

Kosten der Entwicklung der Landwirtschaft sowie unter der rücksichtslosen *Zurichtung des Landes* für diese Standort-Priorität. Sie leiden unter den negativen Folgen der kapitalistischen System-Parole "Bereichert euch!" für die Naturbedingungen: Ruinierung von Böden, Verseuchung von Luft und Wasser sowie zunehmend katastrophale Wetterextreme infolge der kapitalistisch induzierten globalen klimatischen Veränderungen. [*Die riesige VR China verliert in der Summe dieser Effekte jedes Jahr ein Prozent landwirtschaftlich nutzbaren Bodens. Insgesamt lauter Anschauungsmaterial dafür, wie der nationale und globale kapitalistische Fortschritt systemnotwendig die gesellschaftlichen Lebensbedingungen und damit seine eigenen Voraussetzungen unter gräbt. „24% des weltweiten Erdbodens sind bereits zerstört oder haben sich in Wüsten verwandelt. Vier Mrd. Hektar Land sind von Verödung bedroht - ein Drittel der Landfläche der Erde.“ (SZ. 22.7.09) Das Schöne daran in diesem unserem System: Diese Zerstörung durch die globale Geld-Wachstums-Maschinerie ist wiederum gut fürs Geschäft derjenigen, welche ihre Zugriffsmacht auf den noch unzerstörten Teil des von Natur aus beschränkten Bodens noch kräftiger versilbern; schlecht allerdings für Nationen, welche ganz und gar von fremdem Geschäft abhängig sind.*] So hat etwa die VR China ausgerechnet, dass sie demnächst ihre wachsende Bevölkerung nicht mehr ernähren kann. Sie forciert ebenso wie die anderen Aufsteignationen neben den aufgelegten Programmen für die Kapitalisierung der Landwirtschaft, der Ankurbelung der Produktivität in Ackerbau und Viehzucht *daheim* nun den Zukauf von teils gigantischen auswärtigen Agrarflächen unter der doppelten Maßgabe: Eine nationale Nahrungsmittelreserve muss dauerhaft gesichert werden *und* es müssen *weltmarkttaugliche Agrarkonzerne* gegründet und gefördert werden, die dem Kommando der eigenen Hoheit unterliegen. [*Länder wie China und Indien bemühen sich selbstverständlich nach Kräften, die Erträge ihrer Landwirtschaft zu steigern und eigene Lagerbestände aufzubauen. Ausgaben für die ländliche Infrastruktur bilden den drittgrößten „Posten in Chinas Wirtschaftsförderungsplan (585 Millionen US-Dollar).“ (LSH aktuell, Die dritte Welle des Outsourcing. 2010)*] Diese sollen perspektivisch - gemäß dem Vorbild der westlichen Erfolgsnationen - die Lebensmittel-Versorgung des Heimatlandes unter allen Umständen gewährleisten, einen Beitrag zur alternativen Energieversorgung leisten und überhaupt durch ihre globale Geschäftsfähigkeit zur Wachstumsquelle der Nation werden. Unter einem Aufstieg zu Mitsubjekten des Weltmarkts, welche als Global-Agro-Player die Konkurrenz mit den westlichen Agraroligopolen aufnehmen, geht für Länder wie China und Indien nichts - weltmachtmäßige Geschäftstauglichkeit ist auch auf diesem Sektor der Imperativ!

3. Für den Weg der Landaneignung durch Kauf liegen ausgesprochen günstige Bedingungen vor. An politischen Verkäufern großer Stücke nationalen Terrains fehlt es nicht. Auch das ist ein Resultat des glorreichen Weltmarkts

Der nationale politische Wille derjenigen, die als zahlungsfähige Nachfrager nach auswärtigem Grund und Boden auftreten, hat glücklicher-, aber nicht zufälligerweise sein Pendant in entsprechender *Lieferbereitschaft* jener Herrschaften, welche über die Objekte der Begierde verfügen. Diese Bereitschaft ist ebenfalls ein Produkt der Sortierung, welche der globale Kapitalismus in der Staatenwelt herbeiführt. Sie ist in der Regel ansässig auf Seiten der *Verlierer* der Weltmarkt-Konkurrenz in Afrika und Asien, die selber *nicht fähig* sind, die fruchtbaren Böden, die sie besitzen, gewinnträchtig zu nutzen oder nutzbar zu machen. [*Das gilt auch für „Transformationsstaaten“ wie Russland und Ukraine, die sehr viel taugliches Agrarland aus dem falschen, planwirtschaftlichen System mitgenommen haben ins richtige, kapitalistische, denen aber das Kapital fehlt für seine profitable Verwertung - auf die es seitdem vor allem ankommt. Deswegen haben sie nach dem Systemwechsel ein paar Prozente des ehemaligen Kolchosenlandes an potente westliche Agrar-Multis verkauft.*]

Nach den Kriterien der FAO, der Ernährungsbehörde der UNO, werden in Afrika nur 14 % der "nutzbaren agrarischen Fläche auch wirklich genutzt". weshalb der schwarze Kontinent geradezu prädestiniert erscheint, sein überschüssiges Land zu verhökern. [*An selbst geschaffene Schranken des Privateigentums stoßen afrikanische Regierungen dabei normalerweise nicht, da die Masse des Bodens niemandem exklusiv gehört, die Eingeborenen nicht als um geldwertes Eigentum konkurrierende Rechtspersonen gelten, Katasterämter nicht existieren. Was es gilt, sind höchstens nicht weiter zählende „Gewohnheitsrechte“ von ortsansässigen Menschen, die dem Boden ihre Subsistenz abringen.*]

Die Landverkäufer versuchen, ihr politisches Eigentum an Grund und Boden zu vermarkten. Für die meisten von ihnen ist das eine der wenigen Quellen von echten Geld-, d.h. Deviseneinnahmen. So profitieren auch sie von dem Prinzip, dass im Kapitalismus der schiere Boden als Produktions- und Lebensbedingung Geld wert ist, wenn sich ein Käufer oder Pächter findet. Als Staaten, die fest eingebaut sind in die eine und freie Weltwirtschaftsordnung, denen es aber am alles entscheidenden Stoff, *an Kapital mangelt* - und *deshalb* an sich selbst generierendem Wachstum -, bieten sie den Outsourcern den "nicht genutzten" Boden an, plus freien Zugriff auf das kostbare Gut Wasser, welches seine intensive Bewirtschaftung erst möglich macht. Das heißt selbstverständlich nicht, dass dieser Boden samt Brunnen bislang ohne Verwendung wäre, immerhin leben Teile der einheimischen Bevölkerung auf ihm und von ihm, er ist also *ihr* einziges *Lebensmittel*. Gemeint ist, dass er nicht *rentabel* bewirtschaftet wird, keinen in Geld bezifferten Reichtum abwirft. Besagte Staaten treten das Benutzungsrecht über hoheitliches Territorium an auswärtige Staaten und Firmen ab, um es auf die Weise kapitalisieren zu *lassen*. So können sich selbst die elenden Loser des Weltmarkts noch einmal nützlich machen für die Winner. Sie können diesen Dienst als eine, wenn nicht ihre einzige Chance betrachten, für den sie immerhin eine Grundrente als Tribut bekommen. Und sie können immer noch oder schon wieder auf segensreiche Wirkungen aus den Investitionen hoffen, die fremde Agrar-Fonds ins Land bringen, bevor sie die der Natur abgerungene Ware wieder hinaus schaffen. Wenn den Ernte-Abtransport-Fahrzeugen dann tatsächlich die UN-Hilfskonvois entgegenkommen, wie die FAO - laut ihren diplomatischen Erklärungen angesichts der vielen Hungernden - "fürchtet", dann geht das auch in Ordnung. Denn dafür ist die weltumspannende UN-Nahrungshilfe ja eingerichtet, dass sie die unproduktiv-überschüssige Menschheit mit Almosen versorgt, damit das Geschäft mit der produktiv ausgebeuteten ungestört seinen Gang geht. Dafür darf sich der Bodenanbieter-Staat dann auch gelegentlich *staatliche* "Entwicklungshilfe" erwarten, mit welcher der politische Arm und Wegbereiter der Agrarinvestoren für das nötige Ambiente sorgt, damit der Kapitalexpert sich auf Dauer lohnt.

Für die Hoffnung auf Kapitalisierungshilfe bieten die Landanbieter *Sonderkonditionen* an, um den An- und Verkauf ihres ertragsfähigen Bodens zu fördern. [*Dazu gehören Wasserrechte, Steuererzicht, Bereitstellung von logistischer und administrativer Unterstützung. Sicherheitsgarantien gegen mögliche Sabotage und rebellische Bevölkerungsteile. Lizenz zum Export der Ernten, zum Gewinntransfer etc.*] Das ist kein "Verrat am Volk", wie ein kritischer Begutachter des Geschehens vermerkt (ZEIT, 11.3.10), der ansonsten wie alle Experten der Auffassung ist, diese Herrschaften müssten sich auf dem und für den Weltmarkt bewähren, wenn aus ihnen und ihren Völkern mal was werden soll. Das genau versuchen die Drittwelt-Regierungen ja gerade nach Kräften. Deshalb konkurrieren sie mit Ihresgleichen um den Zuschlag der politischen wie privaten Investoren, die über Kapital und Kredit verfügen, und minimieren dafür nicht zuletzt den Preis für die Abtretung ihrer fruchtbar(st)en Äcker. [*Die Freunde Afrikas führen Buch über die globalen Kosten-Nutzen-Verhältnisse und wissen zu berichten: Nirgends ist fruchtbare Erde so billig zu haben wie in Afrika. Sie präsentieren sorgfältig die statistischen Kennziffern, welche aus dem praktischen Vergleich*

*der mit allen Flecken der Erde kalkulierenden Kapitalanleger resultieren. Z.B. so: „Afrika ist heute bevorzugtes Ziel dieser Transaktionen. Afrikanisches Land ist auch in den gut besiedelten Gebieten sechs mal billiger als etwa Terrains in Brasilien, Argentinien oder Polen und acht mal billiger als in den USA, um nicht von den Preisen für landwirtschaftliches Land in England oder Deutschland zu reden, wo es 18 bis 20 mal teurer ist.“ (Afrika-Bulletin. 2-3, 2010)] Das unproduktive Volk, das auf den verkauften Böden sitzt und von ihnen lebt, wird dafür geopfert. Und die infolge fehlender kapitalistischer Indienstnahme - verbliebene "saubere Umwelt" gleich mit. Wie sollen sonst jemals *rentable Arbeitsplätze* und eine geschäftsdienliche *Infrastruktur* im Land entstehen!*

Es handelt sich also um einen Deal modernster kapitalistischer Art. Um einen *Zugriff* auf ferne Ländereien per *Einkaufstour*. Der Vorwurf des "Neokolonialismus" ist insofern sachlich deplatziert, wie die scharfsinnigen Beobachter selbst bemerken:

"Diesmal spielen die Afrikaner freiwillig beim großen Monopoly mit, genauer gesagt die herrschenden Eliten des Kontinents." (ZEIT, 11.3.10)

Es ist schöner als zu Zeiten der gewaltsamen Unterwerfung und kolonialen Okkupation. Da mussten die ostindischen und südwestafrikanischen Handelsgesellschaften oder lateinamerikanischen Obst-Kompanien ihre Milizen mitbringen bzw. reguläres Militär aus den Heimatländern Europas und Nordamerikas anfordern, um ihre "Cash crop"-Kulturen und ihre Siedler in fernen Gegenden an- und einzupflanzen. Heute stellen emanzipierte, formell selbständige nationale Obrigkeiten ihr Land und - soweit der ersehnte Bedarf danach überhaupt vorhanden ist - *ihre Leute freiwillig* zur Verfügung für die Nutzung durch auswärtige Interessenten. Und sie kümmern sich auch noch selber um die Unkosten der Herrschaft und die Sicherheit der friedlichen Investoren. So gut sie eben können. Ärgerlich nur, wenn Aufstände den geplanten Deal verhindern wie in Madagaskar oder auf den Philippinen, wo Südkorea bzw. China ihre Projekte einstweilen stornieren mussten.

Was die Landgeberstaaten *bekommen*, vor allem wenn potente Staaten wie China oder Südkorea sich der Sache annehmen und Größeres vorhaben, fällt dem Zweck entsprechend aus. Die staatlichen Bodenkäufer pflanzen ihr Interesse in dem betreffenden Staat ein. Sie wollen ihre Verfügungsmacht über die Ländereien dauerhaft nutzen und den ökonomischen Erfolg der Dependancen sichern. Dafür stellen sie - in "private-public-partnerships", bei wechselndem Mischungsverhältnis - die nötige Infrastruktur hin, sei es auf Kredit, sei es als Geschenk. Oft bringen sie mit der modernen Agrar- und Infrastruktur-Technologie und den Baumaterialien gleich auch noch ihre eigenen Proletarier und Bauern mit, von denen Länder wie China und Indien ja mehr als genug besitzen. [*So in Mosambik, wo China auch gleich das „Humankapital“ in Gestalt von 10.000 Farmarbeitern importiert. Insgesamt sollen inzwischen 1 Mio. chinesische Arbeitskräfte in Afrika am Werk sein.*] Dafür lassen sie im Gegenzug auch mal einen Teil der erwirtschafteten Mais- oder Reisernten im Land, sofern sich die dort anwesende Kaufkraft gewinnträchtig - d.h. zu Weltmarktpreisen, die man ansonsten ja auch bekäme abschöpfen lässt. So was nennt sich dann "Lokalisierung" der Investitionserfolge, wird von der UNO freudig begrüßt und zur vorbildlichen Verwirklichung einer "win-win-Situation" stilisiert. Gestützt auf ihre erworbenen Nutzungs-Rechte und ihre 'Entwicklungs'-Leistungen nehmen die 'Outsourcer'-Nationen alsdann Einfluss auf den Gebrauch der lokalen politischen Macht und setzen so - auf welcher Stufenleiter auch immer - die system-übliche Dialektik von *politischer Ökonomie und imperialistischer Einmischung* in Gang. Sie nehmen gern den Schutz durch den Gewaltapparat in Anspruch, wenn der reibungslose Vollzug des Geschäfts von einheimischen Elendsgestalten

oder einer politischen Konkurrenzorganisation gestört wird, kümmern sich auch schon mal um dessen Ausbau und "Modernisierung". [*Mosambik etwa bekommt nicht nur massenhaft Chinesen mitgebracht sondern auch 3 Mrd. US-Dollar Militärhilfe.*] Gerade die neuen Großmächte China und Indien nutzen die Landkäufe als Einstieg oder Beitrag, um überhaupt besser ins Geschäft mit den örtlichen politischen Herrschaften zu kommen; und zwar nicht nur wegen der Erschließung weiterer strategischer Ressourcen und anderer Reichtumsquellen, sondern auch, um aus den gestifteten Abhängigkeiten Hebel für die politische Zurichtung und, im Idealfall, eine dauerhafte strategische Zuordnung der betreffenden Staatsgewalten zu machen, d.h. eine möglichst exklusive *politische Einflusszone* zu schaffen. So werden Landkäufe speziell für das aufstrebende China zu passenden Gelegenheiten und Stationen im Rahmen einer umfassenden imperialistischen Weltmarkt- und Weltmacht-Offensive. Die nennt sich ironischerweise "Harmonischer Weltplan" und beruft sich auf den amerikanischen Marshallplan im Nachkriegseuropa. Die Finanzmacht des neuen Exportweltmeisters, meist auf Dollar lautende Geld-Überschüsse, finden so eine im engeren wie weiteren Sinne lohnende Anlage.

4. Als politische Aktivisten, die unzufrieden sind mit der bestehenden Aufteilung der internationalen Quellen von Reichtum und Macht und die Änderung der Kräfteverhältnisse betreiben, fallen die führenden "Land grabber" den etablierten Zugriffs- und Ordnungsmächten unangenehm auf

Aus Washington, Brüssel und Tokio handeln sich die staatlichen Farmland-Käufer den Vorwurf ein, es bei ihren politischen Deals an der gebotenen "Transparenz" fehlen zu lassen, ein diplomatischer Ausdruck für Missbilligung. Sie würden die Regeln des Marktes umgehen, in politisch fragwürdiger Weise handhaben, wenn nicht missachten, so heißt es wahlweise. Und es ergeht die Mahnung, den gebührenden Respekt vor der Souveränität und den Rechten fremder Staaten und Völker zu zeigen, statt große Teile von *deren* Territorium käuflich in *ihren* Besitz zu bringen. Und Landwirtschafts- und Entwicklungsexperten der Regierungen Amerikas, Europas und Japans, die ihre koloniale Vergangenheit ja längst in sittlich einwandfreie globale Benutzungsverhältnisse überführt haben, machen sich für einen "Verhaltenskodex" stark, an den sich alle zu halten hätten. Der soll dafür sorgen, dass das von ihnen so mühsam eingeführte "Prinzip des good governance" nicht untergraben wird, welches die minder bemittelten Herrschaften auf den "verantwortlichen", d.h. von Amerika und Europa gewünschten Gebrauch der ihnen zugestandenen Macht verpflichtet.

Der Sache nach ist der Vorwurf der traditionellen Weltwirtschaftsnationen absurd, hier würden die Gepflogenheiten des internationalen Handels und zwischenstaatlichen Verkehrs irgendwie verletzt. Ein Verstoß gegen die - ihre! - gute, für die gesamte Staatenwelt gültig gemachte Geschäftsordnung, die herrschenden diplomatischen und entwicklungspolitischen Gebräuche liegt ja nicht vor. [*Das wird selbst an den Versuchen des bürgerlichen Sachverständs deutlich, das historisch und sachlich „Besondere“ und „Neue“ an der derzeitigen Land-grab-Welle zu suchen und zu finden. Was sie da entdecken, ist - erstens der unterschiedliche Gebrauchswert der Früchte, die da angebaut werden: statt „Cash Crops“ (Bananen, Kaffee, Nüsse etc.) auf den traditionellen Plantagen jetzt Getreide, die Grundstoffe der Ernährung und „Träger“ alternativer Energie;- zweitens die - dadurch bedingte - enorme Größenordnung der heute akquirierten Flächen;- drittens die treibende Rolle der staatlichen Akteure bei der Erschließung von fremdem Farmland („der große Regierungsraub“), welche in der heißen Geschichte der westlichen Welt zwar „nicht neu“, vielmehr zunächst viel gewalttätiger, dafür aber zuletzt weniger bedeutend gewesen sei. (Vgl. z.B.: LHS. Die dritte Welle des Outsourcing, 2010). Eine neue Qualität der politökonomischen Sache, eine neue Erfindung in Sachen imperialistischer Zugriff ist ihnen jedenfalls nicht*

aufgefallen. All die altbekannten wie modernen Verlaufsformen der ‚Landnahme‘ sind nichts als Belege für die expansive Natur der kapitalistischen Produktionsweise und dafür, dass im Prinzip Geschäft und Gewalt immer Hand in Hand gehen; und dass letztere umso weniger sichtbar ihr Werk verrichtet, je klarer die Machtfragen entschieden sind. Wie sollte es auch anders sein im zwischenstaatlichen Verkehr, wo politische Grenzen und mehr oder weniger souveräne Hoheiten zwischen jedem Zugriff auf auswärtige Reichtumsquellen stehen! Dass der Witz am modernen „Land grabbing“ gar nicht in ‚abweichendem Verhalten‘, sondern in der praktischen Infragestellung der etablierten, weltweit durchgesetzten Verfügungs- und Benutzungsordnung durch eigenmächtig agierende Subjekte besteht, kommt in solchen „Analysen“ durchaus zum Vorschein: wenn sie nämlich für „effiziente Kontrollmechanismen gegen einen Missbrauch der Regeln“ plädieren, diese selbst also durchaus billigen, solange sie im Sinne verantwortlich handelnder Vaterländer - Deutschland wäre so eins - gebraucht werden.] Zum Einsatz gebracht werden die Zugriffsmacht des Geldes und zwischenstaatliche Verhandlungen, die friedlichen Waffen der Konkurrenz. Und in der Tat haben die westlichen Hauptmächte der grenzenlosen Bereicherung überhaupt kein Problem damit, sich selbst zu allen einschlägigen Methoden der ‚Landnahme‘ zu bekennen: zum Aufkauf von Ländereien unter fremder Hoheit, zur stummen Nötigung der Konkurrenzverlierer-Nationen zum "Ausverkauf" der natürlichen Reichtumsquellen, zur Übersetzung von deren Nöten in erpresserische Angebote:

- Wenn ihre Agrar- und Handelskonzerne sowie Investmentfonds im Zuge der ‚Hungerkrise‘ ordentliche Mengen Farmland erwerben und zum lukrativen Geschäftsmittel machen, geht das vollkommen in Ordnung und erfolgt im Einklang mit der nationalen (Entwicklungs-)Politik, die ja auf ‚Marktintegration statt Hilfe‘ setzt. Ein derartiges Engagement der privaten Wirtschaft gilt als moderne Form von landwirtschaftlicher Kooperation zu wechselseitigem Vorteil. [Was die Süddeutsche Zeitung schön ausdrückt: „Während in Asien und der arabischen Welt oft die Regierungen hinter solchen Landnahmen stehen, überlässt der Westen dieses (!) Geschäft eher (!) der Privatwirtschaft.“ Das veranlasst die Autorin des Artikels dann dazu, eben diese westlichen Politiker zu ermahnen, dann aber auch mehr politische Kontrolle auszuüben, damit die Spekulation mit den Überlebensmitteln ganzer Völkerschaften es nicht gar so wüst treibt und womöglich aus schierer „Gier“ Ordnung und Frieden untergräbt. („Agro-Imperialismus“, SZ, 22.7.09)]
- Wenn die von ihnen ermächtigte, betreute und in Anspruch genommene Finanzwelt mitten im Zusammenbruch ihrer Wertpapiertürme unter anderem vermehrt Investments in landwirtschaftliche Rohstoffe und den dafür unvermeidlichen Boden startet und vermarktet, dann steht das für eine begrüßenswerte Hinwendung zur "Realwirtschaft" und damit für mehr Solidität im Kreditgeschäft. [Weshalb sich Nachrichten wie diese häufen: „Banken werben inzwischen in Anzeigen mit der Hungerkrise für Agrarfonds. Investmentbanker empfehlen, in den ‚einzigsten Produzenten von Agrarprodukten‘ zu investieren - in Land.“ (IP 9/09, S.107) Nach dem fröhlichen Slogan „Mehr Menschen, mehr Hunger, und nur eine Erde!“ (ZEIT, 11.2.10) Daraus entspringt - egal wie - die Hauptsache, nämlich Rendite!]
- Wenn unsere Regierungen, in ihrer Eigenschaft als politische Veranstalter ihrer nationalen Marktwirtschaft, seit eh und je ganz selbstverständlich über auswärtige Ressourcen und Ernten disponieren, dann war und ist das ein Gebot staatsverantwortlicher Gewährleistung von Wachstum und Versorgung. Dasselbe gilt insbesondere für aktuelle Zukunfts-Projekte, für welche die Akquisition weitläufiger fremder Territorien in Angriff genommen und die ansässigen Souveräne mit entsprechenden Angeboten beglückt werden. Desertec soll ein deutsch-europäisches Jahrhundertprojekt werden! Das sieht die großflächige Stationierung von Solar-Technologie in den sonnenverwöhnten Wüsten Afrikas vor, die einen massiven Beitrag zur dauerhaften Energiesi-

cherung leisten soll - samt geschäftlich lukrativer Perspektiven für hiesige Strom- und andere Konzerne, versteht sich. Dafür sind die Staaten ganz Nordafrikas fest eingeplant. Das ist für unsere demokratischen Staatsmänner nicht nur sittlich einwandfrei und ein einziges Wirtschafts- und Arbeitsplatzförderungsprogramm für die betreffenden kapitalarmen Staaten, sondern auch geradezu geboten im Namen des Fortschritts bei Klima- und Energiepolitik, also der Menschheit. Außerdem gilt auch hier erst recht die schon erwähnte imperialistische Dialektik: Aus der energiewirtschaftlichen Inbeschlagnahme der Wüsten soll erklärtermaßen ein Schritt zur *politisch-strategischen* Zu- und Unterordnung der nordafrikanischen Nachbarn, alias: des dortigen "Krisenbogens" gemacht werden. Im Diplomatendeutsch: "Europa und Afrika können enger zusammenwachsen." Das ist nicht nur wegen der notorischen amerikanischen Vorherrschaftsansprüche über das Mare Nostrum, unser Mittelmeer, fällig, sondern auch angesichts der "wachsenden Dominanz" der VR China in ganz Afrika. Diese Nation, die - nicht mal Ex-Kolonialmacht! - dort wirklich nichts verloren hat, hat es inzwischen dank ihres stetig steigenden Kapitalexports und der klassischen Methoden von Entwicklungshilfe, die unsere Drittweltstrategen inzwischen für überflüssig, pardon: überholt halten, schließlich schon zur Investitionsmacht Nr. 1 auf dem Kontinent gebracht.

Das regierungsamtliche Wohlwollen gegenüber dem Treiben von Geldbesitzern, die (auch) in agrarwirtschaftlich rentierliche Objekte allüberall investieren wollen, und eigene politische Groß-Projekte wie *Desertec* bilden beileibe keinen Widerspruch zum gleichzeitigen Einspruch gegenüber den Machenschaften anderer Staatenlenker. Sie sind kein Zeichen von Doppelmoral, wie kritische Drittweltfreunde meinen. Der Witz ist ein ganz anderer. Unsere traditionellen Hüter und Nutznießer der Weltwirtschaft finden überhaupt nichts dabei, gegenüber der restlichen Staatenwelt klarzustellen, wie ihre freie Weltwirtschaftsordnung gemeint war und ist: Dass die Freiheit des Zugriffs auf alle Reichtumsquellen auf sie selbst und ihren Nutzen gemünzt ist und selbstverständlich *Schranken* - für *andere* - einschließt, wenn das Ergebnis des "internationalen Wettbewerbs" für sie nicht stimmt.

Im "Land grabbing" der erfolgreichen Schwellenmächte sehen die bisherigen Herren des Weltmarkts erstens einen Angriff auf ihre *ökonomische* Macht: eine Beeinträchtigung des *für ihre Interessenten beanspruchten freien* Zugangs zu den Geldquellen in aller Welt. Sie wollen, dass ihre Agrarkonsortien und Investmentfonds aus neuen Hungerleidern und wachsender Nachfrage nach pflanzlichen Grundstoffen in wachsendem Umfang Kapital schlagen. Unmöglich also, wenn Chinesen und andere ihren nationalen Markt selber bedienen und uns Terrain für die Weltmarktversorgung wegnehmen!

Und sie wittern zweitens und vor allem (welt)ordnungswidrige Absichten, wenn sie eine Verletzung der von ihnen dekretierten "Prinzipien des guten Regierens" entdecken - sekundiert von den öffentlichen Meinungsbildnern, welche das Ganze fürs Publikum moralisch verdolmetschen und vor der Vertreibung der ohnehin verarmten Bevölkerung von ihren verbliebenen Lebensmittelquellen Land und Wasser warnen. Wenn die USA und andere westliche Ordnungshüter monieren, dass per "Land grabbing" unabhängigen Staaten mit jedem Stück Territorium auch ein Stück Souveränität abgekauft wird, dann stören sie sich daran, dass die betreffenden afrikanischen und asiatischen Herrschaften unter *falschen* politischen Einfluss geraten und damit dem *richtigen* entzogen werden. Nicht von ungefähr fungieren als Lieb-

lingsbelege für den Verdacht unlauterer Machenschaften jene Land-Geschäfte, die China mit vom Westen geächteten Diktaturen (wie Sudan, Birma) abwickelt. Der Einspruch, hier würden *schlechte* Regierungen anerkannt, gestützt, gefördert, sozusagen gekauft, und damit werde die für nötig befundene Ausgrenzung und Sanktionierung dissidenter Obrigkeiten unterlaufen, steht für ein grundsätzliches Verdikt: Die Konkurrenzinitiativen der Aufsteigerationen stellen einen Angriff auf die etablierten imperialistischen Zuständigkeiten dar und damit auf die eigene globale Aufsichtskompetenz.

Fazit: Die eigenmächtige, sprich auf eigene Rechnung und für eigenen Machtzuwachs erfolgende *Akquisition* von ökonomisch abhängigen und strategisch brauchbaren Herrschaften widerspricht dem Zweck der freien Weltwirtschaftsordnung. Die wurde von und für Amerika und seine Verbündeten geschaffen und schließt eine Weltgewaltordnung ein. Die Ausnutzung des freien Zugangs zu den geschäftlichen Ressourcen, welche die Hierarchie der Mächte nicht akzeptiert und durcheinander bringt, greift diese Ordnung an. Das ist der Kern der Kritik der alten Vormächte an den neuen Rivalen.

Kein Wunder also, dass die USA das Thema schon vor zwei Jahren auf die Tagesordnung der G 8 gesetzt haben. Kein Wunder aber auch, dass man sich dort lediglich auf die Sprachregelung einigen konnte, dass "wir übereinstimmen", eine "*effektive Nahrungssicherheits-Strategie zu implementieren*", "*deren Kernprinzipien Eigenverantwortung der Länder und Wirksamkeit sind*" (Gipfelerklärung L'Aquila, 9.6.2008). Auf irgendwelche allgemeinen Restriktionen verständigte man sich nicht. Als feindliche Brüder, die auch untereinander konkurrieren, wollen Amerikaner, Europäer und Japaner sich die Freiheit des Zugriffs auf fremde territoriale Ressourcen schließlich ebenso wenig beschneiden lassen wie die Chinesen. Dementsprechend macht sich die *Weltbank* derzeit für eine weitere "Liberalisierung" der Agrarwirtschaftung von Drittweltländern stark, also gegen alle bestehenden Gesetze und Restriktionen, die den Landkauf und die freie Ausfuhr der Ernten beschränken. [*„Vereinbarungen, dass der Nahrungsbedarf des «Gastgeberlandes» berücksichtigt würde, lassen sich in den bekannten Verträgen selten finden. Gesetze einzelner Länder, die den Nahrungsmittelexport bei eigener Knappheit verbieten, wurden vereinzelt sogar sistiert. Die Gesetze afrikanischer Länder «anzupassen», welche dem Kauf oder der Pacht (von Farmland) und der freien Ausfuhr (der Ernten) Hindernisse in den Weg stellen, ist ein Anliegen, dessen sie!, momentan die Weltbank in ihrer Kreditpolitik besonders annimmt.“ (Afrika-Bulletin, 2-3/2010)*] Das hindert den immer noch westlich dominierten *Internationalen Währungsfonds* nicht, im Namen der USA und Europas aktiv zu werden, wo es um die Beschränkung der chinesischen Zugriffsfreiheit geht: So droht der IWF dem Kongo mit Sanktionen, wenn er nicht Abstand nimmt von dem vereinbarten Vertrag mit der VR China, die dort 2,8 Mio. Hektar Land für die Erzeugung von Palmöl/Biosprit gepachtet hat. Der globale Aufsichtsstandpunkt der westlichen Imperialisten ist ungebrochen. Eine andere Frage ist, wie weit ihre Ge- und Verbote wirken.

Der Artikel ist aus Gegenstandspunkt, der Autor leider unbekannt, veröffentlicht im Schattentblick am 8. Oktober 2010